
230/J XXVII. GP

Eingelangt am 29.11.2019

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Markus Vogl
Genossinnen und Genossen

an die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

betreffend **„Schwächung der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) zulasten der SteuerzahlerInnen und KonsumentInnen“**

Am 19.11.2019 war im Kurier Online zu lesen „Wettbewerbshüter: Neue Bürokratie- und Machtspiele“¹. Der Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde Theodor Thanner fürchtet, dass die Regierung die Kompetenzen seiner Behörde aushöhlen möchte.

„Sie wollen unter anderem wissen, in welcher Causa wir aktuell ermitteln und was wir in den monatlichen Jour-fixes besprechen“, sagt der Chef der Wettbewerbsbehörde.

Des weiteren erzählt Thanner von einem Fall bei dem ein Mitarbeiter neun Monate auf die Ausstellung eines Mitarbeiterausweises warten musste und in dieser Zeit bei keiner Hausdurchsuchung eingesetzt werden konnte.

In Österreich kommt es immer wieder zu Fällen von Preisabsprachen. Zurzeit ermittelt die BWB gemeinsam mit der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen rund 50 Baufirmen. Dabei werden Bauvorhaben von Tunnelbauten bis zu Krankenhaussanierungen bis zum Jahr 2003 zurück untersucht. Zuletzt waren es vor allem Preisabsprachen im Lebensmittelhandel welche zu empfindlichen Strafen und Bußgeldern in Millionenhöhe für die Betroffenen geführt haben.

Die Leidtragenden von den großen Preisabsprachen sind die SteuerzahlerInnen (etwa bei Tunnel- oder Krankenhausbau) sowie die KonsumentInnen, die an den Supermarktkassen Österreichs teilweise zu hohe Preise zahlen.

Eine gut funktionierende Wirtschaft, die niemanden benachteiligen soll, braucht auch eine strenge Kontrolle. Deshalb sollten Behörden wie die BWB und Vereine wie der Verein für Konsumenteninformation (VKI) gestärkt und nicht systematisch geschwächt werden, wie dies offenbar unter türkis-blau geplant und betrieben wurde. Den VKI ließ man finanziell aushungern und der BWB wurden seitens des Ministeriums offenbar gezielt Steine in den Weg gelegt.

¹ <https://kurier.at/wirtschaft/wettbewerbshueter-neue-buerokratie-und-machtspiele/400680017>

Einmal mehr zeigt sich: Türkis-blaue Politik war und ist Politik für Konzerne und gegen die Menschen. Vor allem aber geht hier der Ansatz beraten statt strafen vollkommen ins Leere.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

- 1) Welche Maßnahmen wurden in der Regierung Sebastian Kurz unter Ministerin Schramböck getroffen um die BWB zu stärken?
 - a. Wie viele zusätzliche finanzielle Mittel wurden für die BWB bereitgestellt?
 - b. Wie viele zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden für die BWB bereitgestellt?
 - c. Welche gesetzlichen Maßnahmen wurden getroffen um der BWB ihre Arbeit beispielsweise im Zusammenhang mit dem Aufdecken illegaler Preisabsprachen zu erleichtern?
- 2) Wie viele Hausdurchsuchungen wurden seitens der BWB in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt? Wie viele Anträge sind aufgrund dieser Hausdurchsuchungen beim Kartellgericht eingebracht worden?
- 3) Wie hoch ist der finanzielle Schaden für Konsumentinnen und Konsumenten der durch illegale Preisabsprachen in den letzten 10 Jahren insgesamt entstanden ist?
- 4) Warum wurde bis jetzt verhindert, dass den KonsumentInnen ein brauchbares Instrument (Sammelklage) zur Einbringung von Schadenersatzklagen aufgrund von Kartellverstößen zur Verfügung steht?
- 5) Wie hoch ist der finanzielle Schaden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch illegale Preisabsprachen bei öffentlichen Vergaben in den letzten 10 Jahren insgesamt entstanden ist?
- 6) Stimmt es, dass man seitens des Ministeriums - per administrativen Akt - versucht hatte, Mitarbeiter und Budget der BWB jederzeit zugunsten des Ministeriums abziehen zu können? Falls Ja, was waren die Überlegungen dahinter?
- 7) Stimmt es, dass ein Mitarbeiter der BWB 9 Monate auf einen Ausweis warten musste und in dieser Zeit nicht an Hausdurchsuchungen teilnehmen konnte?
 - a. Wenn ja, wieso dauert die Ausstellung eines Ausweises 9 Monate?
 - b. Wie lange warten Mitarbeiter der BWB durchschnittlich auf die Ausstellung eines Ausweises?
- 8) Stimmt es, dass man Herrn Thanner von der Teilnahme einer Pressekonferenz gegen unfaire Geschäftspraktiken mit Elisabeth Köstinger abhalten wollte? Wenn ja, warum?
- 9) Stimmt es, dass es seitens des Ministeriums den Wunsch eines monatlichen Jour fixe gab, in dem Thanner über laufende Ermittlungen der BWB berichten sollte?
 - a. Wenn ja, was hätte das Ministerium mit diesen Informationen gemacht?
 - b. Wenn ja, welche Mitarbeiter des Ministeriums (bitte um Bekanntgabe von Name und exakter Funktion) hätten an diesem Jour fixe teilnehmen sollen?

- 10) Die gesetzliche Umsetzung der Richtlinie zur Verbraucherbehördenkooperation sieht neu vor, dass in diesem Zusammenhang die BWB den Weisungen durch das Ministerium unterstellt werden soll. Bisher war die BWB auch in diesem Bereich weisungsfrei.
- Warum soll in dieser Materie ein Weisungsrecht eingeführt werden?
 - Welche Auswirkungen hat dieses Weisungsrecht auf die Gesamttätigkeit der BWB?
 - Welche Maßnahmen sind vorgesehen, dass dieses Weisungsrecht nicht zu einer Behinderung bei der sonstigen Vollzugstätigkeit führt?
- 11) Die laufende Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen ist natürlich gerade in einer Einrichtung wie der Bundeswettbewerbsbehörde von großer Bedeutung.
- Wie viel wird pro Mitarbeiter im Jahr dafür aufgewendet?
 - Wie hoch ist dieser Wert bei den restlichen MitarbeiterInnen des Ministeriums?